

# Tabak-Arbeiter

Nr 39 / Bremen, den 26. Sept. 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.  
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmark für die viergespaltene Feilzeit. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.  
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Deckmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalefeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsortland, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Kurt Deimann. — Verbandsauschuß: L. Schöne, Hamburg, Melkenbinderho. 57. Zimmer 45 46

## Kolleginnen und Kollegen!

Der Nordhäuser Verbandstag hat seine Arbeiten beendet. Das Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist verklungen. Die Delegierten der Mitglieder sind in ihre Zahlstellen zurückgekehrt und erstatten ihren Mandatgebern Bericht. Ein Verbandstag voller Sachlichkeit und Einmütigkeit liegt hinter uns.

Einmütig wurde der Verbandsleitung für ihre zurückliegende Tätigkeit Entlastung erteilt.

Einmütig stellte sich der Verbandstag auf den Boden der zentralen Tarifvertragspolitik.

Einmütig stimmten die Delegierten einer Entschliefung zu, die an die Stelle der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie in der Tabakindustrie eine planmäßige Wirtschaft setzen will.

Einmütig war der Verbandstag in dem Bestreben, die freie Gewerkschaft der Tabakarbeiter so aufzubauen und auszubauen, daß sie allen künftigen Stürmen gewachsen ist.

Einmütig oder fast einmütig erklärte sich der Verbandstag mit den Beschlüssen des Internationalen Tabakarbeiterkongresses und des Gewerkschaftskongresses einverstanden.

Einmütig oder fast einmütig wurden die Änderungen des Statuts beschlossen.

Einmütig oder fast einmütig sind die Funktionäre des Verbandes wiedergewählt worden.

So könnte noch eine Reihe von Beschlüssen aufgezählt werden, die von der Einmütigkeit des Verbandstages in fast allen grundsätzlichen Fragen Zeugnis ablegen. Und wenn sich einmal eine gegenteilige Meinung zeigte, war auch sie geleitet von dem Bestreben, der Tabakarbeiterschaft und ihrer freige-werkschaftlichen Organisation zu dienen.

Jetzt hat der Verbandstag gesprochen. Seine Beschlüsse sind für alle Mitglieder bindend. Auch diejenigen, die in Einzelfragen anderer Meinung waren, müssen sich jetzt dem großen Ganzen unterordnen.

Der feste Wille der Verbandstagsteilnehmer, im Interesse aller Tabakarbeiter den Deutschen Tabakarbeiter-Verband vorwärts und aufwärts zu führen, muß auch die Arbeiten einer jeden Zahlstelle und eines jeden Funktionärs befehlen. Jedes Mitglied muß seine ganze Kraft für den Aufbau und Ausbau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes einsetzen.

Schwierige Aufgaben stehen der Tabakarbeiterschaft bevor. Groß ist die Zahl ihrer Widersacher und Feinde. Endlos scheint der Weg, der noch zurückgelegt werden muß, um die Höhe zu erreichen. Dennoch besteht keine Ursache, kleinmütig zu sein. Die Geschichte der Tabakarbeiterbewegung zeigt, daß die Tabakarbeiterschaft aller Schwierigkeiten Herr wird, wenn sie einig und geschlossen dasteht.

Der 19. Verbandstag bot ein Bild dieser Einigkeit und Geschlossenheit. Sein Verlauf und seine Beschlüsse bieten die Gewähr, daß die schlimmsten Zeiten für die Tabakarbeiter überwunden sind. Jetzt geht es wieder vorwärts, dem Licht entgegen. Und deshalb noch einmal der Ruf:

Hoch lebe der Deutsche Tabakarbeiter-Verband!

## Zollmanern ringsum —

## Erhöhte Steuerlasten — Was ist zu tun?

II.

Die passive Handelsbilanz ist ein beliebtes Mittel der Regierung und der Unternehmer, um den Arbeitern plausibel zu machen, daß sie mehr und billiger produzieren müssen. Die Unternehmer hoffen auf diese Weise, den Absatz auf dem Weltmarkt zu steigern, den Arbeitern aber zugleich den 10-Stunden-tag und Lohnkürzung aufzubehalten. Das Statistische Reichsamt

weist nach, daß die deutsche Wirtschaft mehr verzehrt als sie hervorbringt. So soll der Passivsaldo der Handelsbilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres 2,28 Milliarden Goldmark betragen. — Wie angreifbar die Ermittlungen und die Bewertungen des Statistischen Reichsamtes bezüglich der Passivität der Handelsbilanz sind, geht u. a. aus dem Nachweis der Handelskammer in Hamburg hervor. Nach der amtlichen Statistik sollen im Jahre 1924 463 927 Tonnen Reis eingeführt, dagegen nur 157 682 Tonnen ausgeführt sein. Für den deutschen Konsum wären demnach also 306 305 Tonnen verblieben. Sachverständige halten es für ausgeschlossen, daß Deutschland diese Mengen aufgebraucht haben kann, denn der Verbrauch vor dem Kriege betrug 170 000 Tonnen, während er von denselben Sachverständigen auf 150 000 Tonnen angenommen wird. Als bezüglich dieser Ziffern die Interessenten beim Statistischen Reichsamt Einspruch erhoben, wurde folgender Bescheid erteilt:

Die Ausfuhrziffern des Spezialhandels umfassen alle über die Land- und Seegrenzen des deutschen Reiches ausgeführten Waren, soweit sie aus dem freien Verkehr oder aus dem aktiven Veredelungsverkehr für Rechnung eines Inländers stammen. In der Einfuhr werden außer den in den freien Verkehr gesetzten Waren auch die zur Veredelung für inländische Rechnung (einschließlich der Ver- oder Verarbeitung im Freihafen Hamburg) eingeführten Waren mit nachgewiesen. So sind insbesondere in den Einfuhrzahlen für Reis große, im Freihafen Hamburg einem Nachpelierungsprozeß unterworfenene Mengen mit enthalten. Da der Uebergang dieser Mengen in den freien Verkehr zur Vermeidung von Doppelzahlungen statistisch nicht erfasst wird, ist hier nicht bekannt, wieviel davon sich noch auf Lager befindet.

Außerdem besteht die Vermutung, daß die Einfuhrwerte zu hoch und die Ausfuhrwerte zu niedrig eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, festzustellen, daß die deutsche Handelsbilanz letztmalig im Jahre 1880 aktiv, seither in steigendem Maße passiv gewesen ist und trotzdem stieg das Volkvermögen bis 1914 fortgesetzt. Wichtig ist, daß ein Schuldnerstaat wie Deutschland, dem ungeheure Verpflichtungen auferlegt sind und der ausländisches Kapital in Anspruch nehmen muß, seine Schulden und Zinsen nur durch vermehrte Warenausfuhr bezahlen kann. Die Zollpolitik der Rechtsparteien verhindert aber den freien Warenaustausch. Die zollgeschützte deutsche Industrie und Landwirtschaft hat den Aufzug der freien Konkurrenz nun nicht mehr zu fürchten und sie braucht an eine Rationalisierung ihrer Produktion vorläufig nicht zu denken.

Unter dem Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ sind für die Industrie Zollsätze in bisher ungekannter Höhe beschlossen worden, z. B. für Motorräder bis 350 M und für Automobile bis 250 M für jeden Doppelzentner Gewicht. Ähnlich liegt es bei anderen Industrieprodukten, wo die Zollsätze bis auf das 33fache der Vorkriegssätze erhöht worden sind. Die Wirkung einer solchen Zollpolitik kommt einem Einfuhrverbot nahezu gleich. Für die Industrie soll nach Meinung der Zollparteien dieser hohe Zollsatz nur als Erziehungszoll für vorübergehende Zeit gelten. Damit erkennen die Blockparteien an, daß der Industrie eine ungerechtfertigte Kapitalrente auf Kosten der Allgemeinheit auf Jahre hinaus gewährt wird. Mit dieser Art Wirtschaftspolitik wird aber auch der überfetzte Produktionsapparat galvanisiert und alle der Volkswirtschaft direkt schädlichen Betriebe werden künstlich gestützt. Diese Inflationsgebilde können sich doch nur am Leben erhalten, weil ihnen die Kartell- und Syndikatswirtschaft angemessene Preise für ihre Produkte sichert, und da ihnen keine Auslandskonkurrenz droht, wird ihnen eine Monopolstellung geschaffen. Gestützt auf die so zustande kommenden Ueberweltmarktpreise, erhalten die technisch fortgeschrittenen Betriebe in Deutschland eine besondere Differenzialrente, denn die Kartellpreise richten sich nach den am schlechtest rentierenden Kartellbetrieben. Nur diesem Zustand ist es zu danken, daß die Zahl der an der Produktion und Warenverteilung beteiligten Unternehmungen eine gewaltige

Steigerung erfahren hat und diese parasitären Unternehmungen sich trotz der hohen Zinsen für Leihkapital usw. am Leben erhalten können.

Allein dieser staatlichen Protektionswirtschaft, die nichts mehr mit Volkswirtschaft zu tun hat, ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der Aktiengesellschaften von 5486 im Jahre 1913 auf 16472 in dem kleineren Reichsgebiet stieg. Die Zahl der G. m. H. stieg in derselben Zeit von 26790 auf 74576. Die ungeheure Zahl der übrigen Einzelhandelsgeschäfte sowie der privaten Produktionsbetriebe ist statistisch anscheinend überhaupt nicht festzustellen. Wirtschaftlich ist ein derart übersehter Produktions- und Warenverteilungsapparat einfach unerträglich. Alle diese Interessenten in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe wurzeln mit ihrer Existenz in der von der Reichsregierung betriebenen Wirtschaftspolitik und deshalb standen diese Kreise während der letzten Wochen in entscheidenden Wirtschaftsfragen auf der Seite der Zollfreunde.

Eine Befundung dieser unwirtschaftlichen Zustände ist nur möglich durch geschlossenes Zusammenstehen aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie allein haben die Möglichkeit, das bestehende Monopol der Produktionsmittelbesitzer durch das Monopol der Arbeit zu brechen. Von den drei Produktionsfaktoren sind die beiden Faktoren, wie Kapital, Grund und Boden, monopolisiert. Dagegen wird die Notwendigkeit, auch den dritten Faktor, die Arbeitskraft, durch strikte Organisationen zu monopolisieren und mit ihrer Hilfe eine wirklich aktive Wirtschafts- und Lohnpolitik zu treiben, nur erst von dem kleinsten Teil der Lohnempfänger erkannt. In der kapitalistischen Lauschkirtschaft ist nun einmal der Kampf um den höchsten Preis unumgänglich. Er wird geführt um den höchsten Kapitalzins, den höchsten Warenpreis und den höchsten Lohn. Bestimmenden Einfluß könnte die Arbeiterschaft ausüben auf die Warenpreise durch ihre genossenschaftlichen Organisationen, auf die Lohnhöhe mittels der Gewerkschaften.

Die Arbeiter müssen sich ein Beispiel nehmen an der geschlossenen Front der Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft und von ihrer gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Macht den verfassungsrechtlichen Gebrauch machen. Im Unternehmerlager gibt es keine Grenzen der Weltanschauung, dort entscheidet allein das wirtschaftliche Interesse. Im Reichsverband der deutschen Industrie und in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände waren 1923 bereits 1611 Reichs- sowie 371 Landes- und Bezirksorganisationen zusammengeschlossen. Der Zentralausschuß der deutschen Unternehmerverbände verfolgt die gemeinsamen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen. Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist u. a. das Gebiet der Lohn-, Tarif- und sozialpolitischen Fragen anvertraut. Die engen wirtschaftlichen Kredit-, Lieferungs- und Kartellbeziehungen sorgen für eine weitere Stärkung der Aktionskraft der Unternehmer.

Dagegen waren von den im Jahre 1921 aus der Krankenkassenstatistik ermittelten Feststellungen organisationsfähige Arbeiter 20 596 618 und 1 461 291 Angestellte vorhanden, ungerechnet die vielen Beamten. Die Zahl der in den vier gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten wird heute 7 Millionen kaum übersteigen. Es stehen demnach also mehr als zwei Drittel aller Organisationsfähigen außerhalb der gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Hier liegen die tiefen Ursachen für den Sieg der Unternehmer!

Die ungeheure gewerkschaftliche und wirtschaftliche Organisationsmacht der Unternehmer drückt der deutschen Wirtschaft ihren Stempel auf. Sie übt bestimmenden Einfluß aus auf die öffentliche Meinung und die gesamte Gesetzgebung in Reich, Länder und Gemeinden. Nutzen alle Lohn- und Gehaltsempfänger ihr Koalitionsrecht und ihr politisches Mitbestimmungsrecht aus, erkennen sie, daß Reich, Länder und Gemeinden für alle Zukunft vor in die Lebenshaltung jedes einzelnen durch Steuern und Gelege eingreifen müssen, daß die Regelung aller Lebensäußerungen des Volkes in steigendem Maße zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit wird. Dann wird die Wirtschaft in Deutschland nicht nur eine Angelegenheit der privaten Profitinteressen der sogenannten Wirtschaftseliten sein, sondern dann wird die Arbeiterklasse vertreten durch ihre Organisationen, eine Wirtschaftsordnung begründen können, die dem höchsten Leistungsgrade entspricht. Unsoziale Steuerlasten und protektionistische Zollwirtschaft sind dann einfach unmöglich.

Einsig und allein die gesellschaftliche Macht der Arbeit, verkörpert in ihren Organisationen, garantiert den größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg. Gesellschaftliche Macht gibt der Arbeitserklasse allein die Möglichkeit zur Herrschaft in Staat und Wirtschaft. Nur durch diese Macht liefert sie schließlich den Beweis für ihre geistige und materielle Reife zur Leitung ihrer eigenen Geschichte.

D. Schlimme.

## Stimmen der Mitglieder.

Stillstand nimmer, vorwärts immer!

Nachmals in den Kampf gegen Brutalitätsgefühle hineingezogen, und das temperamente Jugenderwachen stellt sich wie einstmals wieder ein. Die Aussperrung für den Gau Schlesien war von dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller angekündigt worden. Görtlich und andere Orte in der Tabakbranche konnten die Verhöhnung ihrer Arbeitstrait nicht ertragen. Die Empörung loderte, in Geschlossenheit wurde die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer drohten wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages ganz Schlesien auszusperrern. Circa 8000 Tabakarbeiter sollten auf die Landstraße geworfen werden. Um Geist und Kampfesstimmung wachzurufen evtl. zu erhalten, wurde mir die Aufgabe zuteil, helfend einzugreifen. Aus der Einsamkeit hinüber ins Kampfgebiet erlebte man dieselbe Stimmung wie immer in unserer Branche. Des brutalen Lohndruckes wegen überall dieselbe Erbitterung. Lieber heute als morgen die Arbeit niederlegen, zum täglichen Brot langt es ja doch nicht. Hunderte von Kolleginnen, die in den Versammlungen anwesend waren, schwuren, nie und nimmer die Treue zur Organisation aufzugeben. Eine Tiefe konnte in allen rechtlichen Arbeitsfragen wahrgenommen werden. Es waren entsetzungsgelegene Orte, die von vorzüglichem Geiste beherrscht waren. Und wäre es zur äußersten Kampfesentscheidung gekommen, die Solidarität wäre nicht gebrochen worden. Gegenüber der brutalen Kapitalmacht: „Ich will dein Herr sein und du mußt Knecht bleiben!“ wehrt sich die Ehre der Arbeit. Sie will die Gleichberechtigung. Sie will zum letzten Mann den Aufstieg.

Nachmals hat ein Elend Verantwortlichkeitsgefühl unserer Leitung das Kennerkreise abgewandt. Der Aufschlag von 7 Prozent ist bei der gegenwärtigen und immer mehr steigenden Teuerungswelle so gering, daß er nicht als Endergebnis betrachtet werden kann. Wie oft mußten bittere Pillen geschluckt werden. Die Zeit wird und muß kommen, daß der Notdreh zum weiteren Aufstieg in unserer Branche nicht unerhört verhallt. Wenn nicht, dann zerfällt auch die ganze Industrie. — Doch vor allem: Hinein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Aus kleinen Verhältnissen heraus, wo wir in schweren Zeiten mit an der Wiege des Verbandes gestanden haben, ist unsere Organisation trotz des ewigen Bedrückens zum mächtigen Faktor geworden. Und unsere Verbandstage haben immer durch den Ruf: „Alles durch und für die Organisation“ weitere Steine zum Fundament herbeigetragen. Dem Verbands zu wahren die Treue wollen wir geloben, trotz Sturmesbraus und Toben. Die Organisation, sie lebe! Durch sie zur endgültigen Befreiung!

Einer der Alten.

## Material für die Preisabwärtigen der Reichsregierung:

	1920	1923
Zahl der steueramtlich gemeldeten Betriebe zur Herstellung tabaksteuerpflichtiger Erzeugnisse	15 619	13 948
Zahl der von der Tabak-Berufsgenossenschaft erfaßten Betriebe	6 847	6 370
Zahl der Vollarbeiter nach den Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft	138 336	103 405
Zahl der steueramtlich gemeldeten Kleinhändler mit tabaksteuerpflichtigen Erzeugnissen	343 630	409 421

Die Zahl der Betriebe und Arbeiter geht zurück, die der Kleinhändler steigt!

Auf einen Vollarbeiter der Tabakindustrie kommen im Jahre 1923 annähernd vier Kleinhändler mit Tabakerzeugnissen!

Aus einer Entschließung der Bremer Zigarrenladen-Inhaber, (gefaßt in einer Versammlung am 1. September d. J.):

Die bremische Händlerschaft erblickt in der zunächst vereinzelt erfolgten Herausgabe billiger Zigaretten durch die ... nicht allein eine Bevorzugung einiger weniger Abnehmer, sie fühlt sich auch insofern geschädigt, weil sich noch von mehreren der vorerwähnten Marken höher versteuerte Behälter im Handel befinden, deren Absatz zu den gewissermaßen vorgeschriebenen Kleinverkaufspreisen nimmer illusorisch geworden ist. Abgesehen hiervon ist die Herausgabe derart niedriger Preislagen, selbst wenn es sich um ältere, nicht ganz vollwertige Lagerware handeln sollte, wegen der in Aussicht stehenden Preiserhöhung als wenig zeitgemäß anzusehen.

Sodann werden die

## Wahlen

vorgenommen. Die Mitglieder des Vorstandes werden gegen drei Stimmen en bloc wiedergewählt.

Reichmann spricht dem Vorstandstag für das geschenkte Vertrauen im Namen der Vorstandsmitglieder seinen Dank aus und erwartet rege Mitarbeit der gesamten Vorstandsmitglieder zum Wohle der Tabakarbeiterchaft.

Hufung (Vorstand) erinnert daran, daß vor 25 Jahren Kollege Reichmann erstmalig zum bejohnten Vorsitzenden des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes gewählt wurde. Seiner Tatkraft und seiner Energie ist es zu danken, wenn der Deutsche Tabakarbeiter-Verband zum ausschlaggebenden Machtfaktor geworden ist. Ihm wollen wir für seine Tätigkeit danken und uns geloben, in seinem Geiste weiter zu arbeiten. Möge er unserer Organisation noch recht lange erhalten bleiben. Mit einem begeistert ausgedrachten dreimaligen Hoch auf den Kollegen Reichmann bekräftigt der Vorstandstag die Worte Hufungs. Vom Vorstandsvorstand und den Delegierten des Gauves Nordhausen werden dem Kollegen Reichmann Blumenpenden mit roten und schwarz-rot-goldenen Schleifen überreicht.

Frau Wolf (Spener) spricht dem Kollegen Reichmann in herzlichen Worten den Dank des Verbandes für seine 25jährige Tätigkeit aus.

Reichmann (Vorsitzender) dankt in bewegten Worten für die dargebrachten Dationen und erklärt, es sei des Lobes zuviel gewesen. Was getan worden ist, war Kollektivarbeit. Der von Mainz an eingeschlagene Weg zur Befreiung der Tabakarbeiter muß weiter verfolgt werden. Wir haben uns manchmal leicht gelassen, aber nach der Auseinandersetzung war die Last rein. Ich danke nochmals für die mir erwiesenen Ehrungen.

Dem Vorstand des Verbandes wird Schoene (Hamburg) einstimmig wiedergewählt.

Schoene (Vorsitzender des Verbandes) dankt für das geschenkte Vertrauen.

Zu den Verbandsbeiräten werden gewählt:

Zigarettenindustrie: Tschopp (Schönberg), Krämer (Berlin), Schmidt (Weserode), Hubala (Dresden), Weispflug (Frankenberg), Kirch (Pfungstadt), Schwab (Al-Kropfenburg), Waltermann (Wotho), Anzen (Hamburg), Thömer (Herford), Frau Wolf (Spener) und Palmer (Schlitz) als Mitglieder; Zanauer (Breslau), Frau Matzenberg (Elbing), Kaufmann (Bretzow), Becker (Leipzig), Schumann (Schlitz), Frau Hoffmann (Heudersheim), Reijers (Mientert), Schullich (Langwedel), Bertram (Verden), Schmidt (Werjen), Englich (Friesenheim) und Prager (Hodenheim) als 1. Ersatzleute, und Hartmann (Brieg), Baumhardt (Elbing), Wohlbein (Treffurt), Schreyer (Schönebeck), Köhler (Leipzig), Muffel (Mainz), Frau Schöffler (Machen), Borchard (Lübbede), Burice (Bremen), Kreimer (Ennigloh), Wehmer (Jungenheim) und Strad (Lüneburg) als 2. Ersatzleute.

Zigarettenindustrie: Frau Stolz (Dresden), Armbrust (Berlin), Lehler (München) und Klink (Köln) als Mitglieder; Englich (Dresden), Seipien (Hamburg), Daul (Baden-Baden) und Fischer (Breslau) als 1. Ersatzleute, und Frau Haunstein (Dresden), Frau Schiepe (Berlin), Frau Marzahn (Frankfurt a. M.) und Wilhelm (Hannover) als 2. Ersatzleute.

Rauch- und Schnupftabakindustrie und Fermentation: Rüb (Regensburg), Pfand (Hamburg) und Franke (Trier) als Mitglieder; Greiner (Regensburg), Flied (Hamburg) und Anas (Weidelberg) als 1. Ersatzleute und Decker (Wuppertal), Brünjes (Wuppertal) und Schall (Wuppertal) als 2. Ersatzleute.

Rautabakindustrie: Schulze (Nordhausen) und Schulte (Hamm-Wilnen) als Mitglieder; Gamm (Nordhausen) und Sierlaff (Mendenburg) als 1. Ersatzleute, und Siehl (Schwege) und Ballhaus (Nordhausen) als 2. Ersatzleute.

Die bisher amtierenden Gauleiter werden einstimmig wiedergewählt.

Jensen (Kopenhagen) spricht als Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees dem Kollegen Reichmann seine Glückwünsche zum 25jährigen Dienstjubiläum aus. Redner dankt für die freundliche Aufnahme und die empfangenen Anregungen und hofft, daß die gefassten Beschlüsse sich zum Wohle der gesamten Tabakarbeiterchaft auswirken.

Hafmann (Selbennersdorf) wünscht, daß die Vorstandsmitglieder größere Agitationsreisen unternehmen und die Gauleiter zur Agitation auch in anderen als ihren eigenen Gauen vermandt werden.

Reichmann (Vorsitzender) verspricht, daß der Vorstand im Sinne dieser Anregung handeln werde.

Frau Schliege (Berlin) verliest eine Erklärung, die sich gegen die Stellungnahme des Vorstandstages in der Annahmefrage richtet.

Becker (Leipzig) wünscht, daß über Hergründungen von Filialen jenseit dem Vorstandsvorstand berichtet wird, damit eine Verständigung des Hauptbetriebes mit den Filialen erfolgen kann.

Reichmann (Vorsitzender) sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Demit sind die Arbeiten des Vorstandstages beendet. Das Schlusswort hält

Frau Wolf (Spener): Wir sind am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Dank gebührt der Nordhäuser Kollegenchaft, die es verstanden hat, den Teilnehmern des Vorstandstages nach getaner Arbeit angenehme und schöne Stunden zu bereiten. Dank auch den Vätern und dem Vertreter unserer dänischen Bruderorganisation. Dank über auch den Delegierten für die Arbeit, die sie im Interesse des Verbandes geleistet haben. Der Verlauf des Vorstandstages berechtigt

uns zu neuen Hoffnungen und läßt darauf schließen, daß es mit unserer Organisation wieder aufwärts geht. Mit neuer Kraft werden wir den vorzeichneten und von uns als richtig erkannten Weg weiter beschreiten, bis die Arbeit aus dem Norden des Marktes bereit ist.

Nach einem dreimaligen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die Teilnehmer des Vorstandstages begeistert einstimmen, schließt Frau Wolf den 19. Vorstandstag.

## Lohn- und Tarifbewegungen.

### Aus der Zigarettenindustrie.

#### Ulm den künftigen Hauptvertrag.

Die Verhandlungen über die Abänderungsvorschläge zum Hauptvertrag, die am 19. September in Dresden stattfinden sollten, sind auf Antrag des Reichsarbeiter-Verbandes der Zigaretten-Industrie vertagt worden. Um durch diese Vertagung keinen tariflosen Zustand eintreten zu lassen, haben die Tarifkontrahenten vereinbart, daß, falls es bis zum 1. Oktober absolut unmöglich ist, die Verhandlungen über die Abänderungsvorschläge zum Hauptvertrag zu Ende zu führen, der Hauptvertrag und das Arbeitszeitabkommen unter Aufrechterhaltung der Kündigung bis zum 15. Oktober dieses Jahres ihre Gültigkeit behalten.

Inzwischen sind den Zigarettenfabrikanten die von den Vertretern der beteiligten Gewerkschaften formulierten Abänderungsvorschläge der Arbeiterchaft unterbreitet worden. Bemerkenswert ist dabei, daß auch der Metallarbeiter-Verband wieder Kontrahent des Hauptvertrages werden will. Von den vorgeschlagenen Änderungen heben wir hervor, daß die früheren Bestimmungen des Hauptvertrages über Arbeitszeit, Überstunden und Sonntagsarbeit wieder Geltung bekommen sollen mit der Maßgabe, daß der Zuschlag für Nachtarbeit, die durch technische Schwierigkeiten oder behördliche Maßnahmen erforderlich wird, nicht 10, sondern 20 Prozent betragen soll. Bei den Bestimmungen über den Arbeitslohn soll der Absatz 6 gestrichen werden. Die Feriendauer soll sich in jedem weiteren Jahre der Beschäftigung bei ein und derselben Firma um je vier Tage bis zur Höchstgrenze von 18 Tagen erhöhen. Weiter soll die halbe Branchenzugehörigkeit auch dann zur Anrechnung kommen, wenn die Einstellung nach dem 1. Dezember des vergangenen Kalenderjahres erfolgte. Die Berechnung der Lohnvergütung für die Ferienzeit soll nach dem Durchschnittsrendienst der letzten vier Wochen erfolgen, wobei etwaige inzwischen eingetretene tarifliche Lohnänderungen zu berücksichtigen sind. Der Zeitpunkt der Feriengewährung soll im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung bestimmt werden. Im übrigen sollen auch diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die gekündigt haben, ihres Anspruches auf Ferien nicht verlustig gehen. Bei den Bestimmungen über die Karenzzeit soll der zweite Absatz gestrichen werden. Die Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren sollen ergänzt werden durch einen Satz, der den Reichsschlichtungsausschuß verpflichtet, über Berufungen gegen Beschlüsse der örtlichen Fachschlichtungsausschüsse innerhalb eines Monats zu entscheiden.

Wir haben uns bemüht, in wenigen Worten die wichtigsten Abänderungsvorschläge der am Hauptvertrag beteiligten Gewerkschaften zu skizzieren. Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, wenn irgendwo bei den Mitgliedern unseres Verbandes der Gedanke Raum gewinnen würde, daß nunmehr alles gelöst sei, um zu einem für die Arbeiterchaft annehmbaren Hauptvertrag zu kommen. Die Abänderungsvorschläge der Unternehmer zeigen, wohin die Reise gehen soll, und es ist nicht anzunehmen, daß die Zigarettenfabrikanten aus innerer Einsicht von Ihren Vorschlägen abweichen werden. Deshalb muß in allen Zigarettenbetrieben eine rege Agitations- und Organisationsarbeit entfaltet werden, um die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften zur Anerkennung zu bringen oder — wenn es nicht anders geht — auch einmal eine Zeitlang ohne Hauptvertrag die Interessen der Zigarettenarbeiterchaft wahrnehmen zu können.

### Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie.

#### Lohnverhandlung am 26. September.

Die Verhandlung über die von den Tabakarbeiterverbänden eingereichte Lohnforderung findet am 26. September in Goslar statt. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlung werden wir in der nächsten Nummer dieser Zeitung berichten.

### Aus der Rautabakindustrie.

#### Allgemein verbindlich erklärt

wurde der Nachtrag 4 vom 19. September 1925 zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 10. Januar 1924 für Norddeutschen Tabak, Wausfried und Schwewe mit Wirkung vom ersten Lohnzahlungstag nach dem 6. September 1925. Die allgemeine Verordnung der Nachträge vom 19. Mai 1921 und 30. März 1923 tritt mit Ablauf außer Kraft.

## Aus der Zigarrenindustrie Berichtigung.

Im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 37 ist ein Artikel enthalten, der sich mit dem Schiedspruch und der nunmehr abgeschlossenen Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie beschäftigt. Dieser Artikel enthält die Mitteilung, daß auch noch in einer Reihe von Betrieben in Delitzsch, Freiberg, Harttha, Naunhof und Waldheim die Arbeit niedergelegt worden sei. Unsere späteren Feststellungen haben ergeben, daß diese Mitteilung auf einen Irrtum zurückzuführen ist. Es handelt sich nämlich um Orte, wo der Streikbeschluß aus verschiedenen Gründen nicht zur Ausführung kam oder wo Tabakarbeiter aus bestreikten Betrieben ihren Wohnsitz haben. Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes verlangt nun die Bezirksgruppe Sachsen des RDZ. die Veröffentlichung nachstehender Berichtigung:

„Die in dem Artikel: „Lohn- und Tarifbewegung; Aus der Zigarrenindustrie“ in Nr. 37 unserer Zeitschrift enthaltene Feststellung, daß auch in einer Reihe von Betrieben in Delitzsch, Freiberg, Harttha, Naunhof und Waldheim die Arbeit niedergelegt worden sei, ist nicht richtig. Richtig ist vielmehr, daß in Delitzsch eine Arbeitsniederlegung nur in einem Betriebe erfolgt ist und daß in den Orten Freiberg, Harttha, Naunhof und Waldheim überhaupt keine Arbeitsniederlegungen erfolgt sind.“

Wir bringen diese Berichtigung, obgleich sie nicht den Anforderungen des Pressegesetzes entspricht, weil wir kein Interesse daran haben, über den Umfang der Streikbewegung irgendwo ein schiefes Bild aufkommen zu lassen.

### Allgemein verbindlich erklärt

wurde der Nachtrag vom 3. September (angenommener Schiedspruch mit einer siebenprozentigen Lohnerhöhung) zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 25. Februar 1925 mit Wirkung vom 7. September 1925.

## Rundschau.

### Beiträge zur Krankenkasse bei Arbeitsunfähigkeit.

Der § 383 RVO. bestimmt, daß Krankenversicherte bei den gesetzlichen Krankenkassen, solange sie arbeitsunfähig sind, für die Dauer der Krankenhilfe keine Beiträge zu entrichten haben. Das gilt auch, wenn eine Krankenversicherte Wochen- oder Schwangerengeld bezieht, nur ist in diesem Falle Voraussetzung, daß sie nicht daneben noch gegen Entgelt arbeitet. Diese Gesetzesbestimmung ist eigentlich selbstverständlich; denn die meisten Krankenversicherten haben in der Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit keinerlei Einkommen, von dem sie Beiträge zur Krankenkasse entrichten könnten. Die gesetzlichen Krankenkassen halten sich auch streng an diese Bestimmung, sie würden, falls sie es nicht tun wollten, von ihrer Aufsichtsbehörde dazu ohne weiteres angehalten werden. Nun gibt es aber neben den gesetzlichen Krankenkassen auch noch die sogenannten Ersatzkassen, die sich vielfach fälschlicherweise Berufskrankenkassen nennen. Die Mitgliedschaft bei diesen Ersatzkassen befreit unter bestimmten Umständen von der gesetzlichen Krankenversicherung. An die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind diese Ersatzkassen ebenfalls nur in gewisser Hinsicht gebunden. Der obengenannte Paragraph gilt zum Beispiel für sie nicht. Die Aufsichtsbehörde der Ersatzkassen, das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, hat zwar den Ersatzkassen empfohlen, auch die obige Vorschrift bei ihren Mitgliedern anzuwenden, doch haben die Ersatzkassen überwiegend diese Empfehlung abgelehnt. Auch der Verband der kaufmännischen Berufskrankenkassen lehnte eine solche Empfehlung ab. Die Krankenkassenmitglieder werden sich hiernach sehr genau zu überlegen haben, ob sie einer Ersatzkasse beitreten sollen. Den Schaden haben sie selbst zu tragen.

### Von welchen Einkommenbeträgen werden die Krankenkassenbeiträge berechnet?

Die Beiträge zur Krankenkasse werden bekanntlich nach einem Grundlohn erhoben, der sich entweder aus dem wirklichen oder aber dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst eines Versicherten errechnet. Bei dieser Berechnung werden nun aber nicht nur die tatsächlich feststehenden Bezüge, wie Lohn oder Gehalt, berücksichtigt, sondern auch die sozialen Zuschläge, wie Kinder- und Frauenzuschläge usw., ferner aber auch der einem Versicherten gewährte Unterhalt, wie freie Kost, Logis usw. Außerdem sind noch zu berücksichtigen Gewinnanteile, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehaltes oder Lohnes neben ihm von dem Unternehmer oder einem Dritten erhält. Auch die von Kellnern gewährten Trinkgelder

unterliegen dem Abzuge. Man kann also sagen, daß sämtliche einem Versicherten zustehenden Bezüge der Berechnung des Grundlohns, nach dem sich die Beiträge richten, zugrunde zu legen sind. Für die Berechnung der Jahresarbeitsverdienstgrenze (Versicherungsgrenze), die für verschiedene Gruppen von Versicherten, wie Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte, für die Pflichtversicherung maßgebend ist, ist hiervon jedoch eine Ausnahme gemacht, d. h. der Berechnung des Grundlohnes werden zwar ebenfalls sämtliche Bezüge dieser Versicherten zugrunde gelegt, bei der Berechnung der Jahresarbeitsverdienstgrenze aber sind die sozialen Zuschläge nicht in Anrechnung zu bringen.

## Verbandsteil.

Am 26. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

### Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Dieser Sendung der Verbandszeitung liegt für jede Zahlstelle eine Statistikkarte bei. Diese Karte muß vollständig ausgefüllt dem Verbandsvorstand in Bremen bis spätestens 7. Oktober zugeschickt werden, auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder am Orte sind. Als Zähltag ist der 26. September zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, die keine Statistikkarte erhalten haben, müssen die erforderlichen Angaben auf einer anderen Karte übermitteln.

Da die Angaben auf den Statistikkarten dem Statistischen Reichsamt in Berlin bis zum 10. eines jeden Monats übermittelt werden müssen, sind Statistikkarten, die verspätet eingehen, völlig wertlos. Die Zahlstellenverwaltungen mögen das beachten und für eine rechtzeitige Einsendung der Statistikkarten Sorge tragen. Die Namen derjenigen Zahlstellen, von denen die Statistikkarte zu spät oder überhaupt nicht eingeschickt wird, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

### Folgende Gelder sind eingegangen:

9. Sept.: Lampertheim 80,—, Langenbielau 50,—, Hamburg 300,—.
10. Oldenburg 60,—, Nieukerk 75,—.
11. Heidelberg 350,—, Oberode 4,16.
12. Offenbach a. M. 100,—, Halberstadt 300,—, Heidingsfeld 40,—, Würzburg 150,—, Hannover 170,—, Rostock 50,—, Bruchsal 20,—, Sprottau 200,—, Augsburg 160,—, Oslau 220,—, Wiesbaden 90,—.
14. Diegnitz 100,—, Eichelberg 110,—, Hüder-Nischen 150,—, Hamburg 3000,—, Frankenberg 5000,—, Brud 100,—, Kl.-Schmaltdalen 70,—, Neusalz 110,—, Goldscheuer 50,—.
15. Pölzig 150,—, Berlin 3000,—, Spenge 150,—, Altenbruch 80,—, Königsberg 100,—, Köln 500,—, Baden-Baden 657,—.
16. Moringen 55,—, Heidenheim 200,—.
17. Plön 30,—, München 2500,—, Peisterwitz 127,—.
18. Dresden 2500,—, Regensburg 300,—, Schwab.-Gmünd 60,—, Heidelberg 100,—, Halberstadt 100,—, Bünde 400,—.
19. Heilbronn 280,—, Stuttgart 100,—.
21. Bremen 350,—.

Bremen, den 22. Sept. 1925.

J. Krohn.

### Verloren gemeldet:

Mitgliedsbuch Berta Hagener, S. Nr. ?, geb. 16. 8. 1896, eingetreten 16. 11. 18.

## Gestorben sind:

Am 24. August der Zigarrenarbeiter Arno Schredenbach, 37 Jahre alt (Zahlstelle Frankenberg).

Am 4. September die Zigarettenarbeiterin Ella Bartel, 25 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 5. September der Zigarrenarbeiter Cornelius Wolf, 72 Jahre alt (Zahlstelle Verden).

Am 7. September der Zigarrenarbeiter Heinrich Stod, 56 Jahre alt (Zahlstelle Brale).

Ehre ihrem Andenken!

## Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlissene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,—, weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, daunenweiche G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlissene Kupffedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10,—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sadsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

## 19. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

(Fortsetzung.)

14. September (Vormittagsitzung).

Nach dem allgemeinen Bericht des Verbandsvorsitzenden Deichmann (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 38) erhält das Wort zum

### Kassenbericht

**K r o h n** (Hauptkassierer): Die Berichtsperiode erstreckt sich über drei Jahre, doch über die Kassenverhältnisse von 1922 und 1923 zu berichten wäre Zeitvergeudung und unnützlich; auch unverständlich wären heute die Zahlen von damals. Als die Inflationszeit zu Ende war, waren wir mit unseren Einrichtungen auch am Ende. Die Organisationen des Auslandes haben uns geholfen mit 11 935,70 M Gold. Mit so geringen Mitteln war es möglich, uns zu helfen, weil man für Devisen alles haben konnte. Ende 1923 hatten wir einen Kassenbestand von 7169,87 M in der Hauptkasse, 18 M in der Expedition, 847,09 M in den Gaukassen und 16 175,49 M in den Zahlstellen, zusammen 24 210,45 M. Dieser Bestand reichte kaum aus, um die täglichen Ausgaben zu bestreiten. Aber es war die Summe, mit der wir aus dem Zusammenbruch herausgingen. Allerdings bekamen wir später noch Aufwertungen früherer Guthaben bei Banken, Aktien, Obligationen usw. im Betrage von 181 513,40 M, allerdings erst 1932 greifbar. Wenn wir diese Summen zuzählen und das können wir, dann kann man gerade nicht sagen, daß wir am schlechtesten diese Zeit überstanden hätten. Aber wir hatten nichts und mußten also aus dem Nichts unsere Kassenverhältnisse wieder neu aufbauen. 1924 hatten wir eine Einnahme von 685 835,49 M, eine Ausgabe von 331 596,16 M, so daß ein Ueberschuß von 354 239,33 M verbleibt. Dazu der Bestand vom 1. 1. 24 in Höhe von 24 210,45 M und die Aufwertung in Höhe von 181 513,40 M, macht zusammen 559 963,18 M. Von den Einnahmen durch Beiträge 649 121,60 M mußten wir 331 596,16 M ausgeben = 51,08 Proz. Also beinahe die Hälfte dieser Einnahmen, und zwar 317 525,44 M konnten wir unserem Reservefonds zuführen.

Wenn auch die Einnahme durch Beiträge sehr gering ist, so ist doch der Ueberschuß verhältnismäßig groß. Dieses kommt daher, daß wir verschiedene Einrichtungen des Verbandes, die wir in der Inflationszeit abbauen mußten, erst allmählich wieder aufbauten („Tabak-Arbeiter“-Unterstützungen usw.). Wenn diese Ausgaben hätten auch gezahlt werden müssen, dann wäre von dem Ueberschuß sicher nicht viel, vielleicht gar nichts nachgeblieben.

Nun der Bericht bis Ende des 2. Quartals 1925.

1. Quartal 1925.		2. Quartal 1925.	
Zinsen	3 833,30 M	Zinsen	668,40 M
Inserate	560,95	Inserate	372,40
Eintrittsgeld	3 607,50	Eintrittsgeld	2 917,50
Mitgliedsbücher	64	Mitgliedsbücher	27,50
Sonstiges	1 349,85	Sonstiges	4 380,46
Beiträge	221 083,45	Beiträge	238 400,10
<b>Einnahme</b>	<b>230 499,05 M</b>	<b>Einnahme</b>	<b>246 766,36 M</b>
<b>Ausgabe</b>	<b>117 104,82</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>180 353,34</b>
<b>Ueberschuß</b>	<b>113 394,23 M</b>	<b>Ueberschuß</b>	<b>66 413,02 M</b>
<b>Daz. Best. v. 1. 1. 25</b>	<b>559 963,18</b>	<b>Daz. Best. v. 1. 4. 25</b>	<b>673 357,41</b>
<b>Gesamtbestand</b>	<b>Gesamtbestand</b>		
Ende 1. Quart.	673 357,41 M	Ende 2. Quart.	739 770,43 M
<b>Einnahme a. Beitr.</b>	<b>221 083,45 M</b>	<b>Einnahme a. Beitr.</b>	<b>238 400,10 M</b>
<b>Ausgabe</b>	<b>117 104,82</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>180 353,34</b>
<b>Ueberschuß</b>	<b>103 978,63 M</b>	<b>Ueberschuß</b>	<b>58 046,76 M</b>

Es ist notwendig, uns dieses Zahlenergebnis etwas lebendiger zu gestalten.

An Eintrittsgeldern nahmen wir ein:

	1. Quartal 1925	2. Quartal 1925
1924	3607,50 M	2917,50 M
8599,10 M		
gleich 23 859 Aufnahmen	7215 Aufnahmen	5835 Aufnahmen

Die Einnahme durch Beiträge gibt uns erst ein richtiges Bild über den Stand des Verbandes.

	pro verkaufte Marken	pro Durchschnitt Mitglied pro Woche	pro Jahr	Beiträge pro Durchschnitt für das Mitglied im Jahr
1921	27,00 M	17,08 M	8,88 M	32,91 Beiträge
1. Quartal 1925	36,04	23,51	13,28	33,92
2. „ 1925	11,73	28,19	14,32	„
1913	32,14 M	12,62 M	23,73 M	47,22 Beiträge

Hätten wir dieselbe Beitragsleistung wie 1913, dann hätten wir im 2. Quartal nicht 238 400,10 M eingenommen, sondern 379 362,10 M oder mehr 140 962 M, macht 563 848 M. Mit unserer durchschnittlichen Beitragsleistung stehen wir weit unter dem Durchschnitt der Gesamtverbände. Bei den Beratungen und Beschlüssen zum Statut müssen wir immer an diese Zahlen denken.

Schöne (Hamburg) erstattet den

### Bericht des Ausschusses

und verweist dabei auf den vorliegenden schriftlichen Bericht. Seit dem Dresdener Verbandstag im Jahre 1922 hat die Verbandsleitung außerordentlich viel geleistet, besonders im Jahre 1923. Erinnert sei nur an die vielen Lohnbewegungen, Statutenänderungen usw. Die Inflation bedingte den Abbau wichtiger Verbandsinstitutionen und die Entlassung von Verbandsangestellten. Mit zäher Ausdauer hat die Verbandsleitung das Verbandschiff durch alle Klippen hindurchgeführt. Revisionen der Verbandskasse haben in genügender Zahl stattgefunden. Immer wurden Bücher und Belege in Uebereinstimmung befunden. Die Gelder und Werte des Verbandes sind sicher und einstragend angelegt. Grundeigentum wurde unter günstigen Bedingungen erworben. Der Barbestand in der Hauptkasse ist immer sehr niedrig gehalten worden. Hoffentlich hat die Tabakarbeiterschaft in den letzten drei Jahren gelernt, daß nur eine gut gefüllte Kasse und eine starke Organisation den Unternehmern Respekt einflößt. Der Verbandsausschuß beantragt, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende verliest sodann mehrere Begrüßungsschreiben ausländischer Tabakarbeiterorganisationen, die vom Verbandstag mit Beifall zur Kenntnis genommen werden.

Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

14. September (Nachmittagsitzung).

Zunächst werden die zur Lohnbewegung und Monopolfrage gestellten Anträge zurückgestellt, um in nichtöffentlicher Sitzung behandelt zu werden. Genügend unterstützt werden die Anträge, die die Kosten der Gaukonferenzen der Verbandskasse überweisen wollen, und die die Herausgabe eines Adressenverzeichnisses fordern; ferner die Anträge, die für die Herausgabe einer Frauenbeilage und Betriebsrätezeitschrift sind, und die die Markensfelder im Mitgliedsbuch nummeriert haben wollen. Auch der Antrag Waldheim, der Lehrturfe fordert, und der Antrag Seiffennersdorf, der die Arbeitsverdienstschädigungen nach den bezahlten Beiträgen bemessen will, finden die genügende Unterstützung. Ebenso wird der Antrag Kühn auf Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung in die alten Rechte genügend unterstützt. Durch die Erklärung, daß Statuten in Buchform herausgegeben werden sollen, ist der Antrag Jastrow erledigt. Alle anderen Anträge finden nicht die genügende Unterstützung. Sodann wird in die Aussprache über die Berichte des Vorstandes und des Ausschusses eingetreten.

**K l i n k** (Köln): Während der Inflationsperiode hätte den Zahlstellen wegen der Beitragsleistung eine gewisse Diktatur eingeräumt werden müssen, um bessere finanzielle Erfolge erzielen zu können. Die Angaben Krohns über die Beitragsleistung hätten von allen Mitgliedern gehört werden müssen; die Beitragsleistung würde dann sicher eine bessere werden. Nur durch eine gut gefüllte Verbandskasse werden wir dem Unternehmertum mit Erfolg entgegentreten können.

**B ü r t l e** (Menzingen) spricht sich für die Zusammenschließung mehrerer zusammenliegender Zahlstellen aus. Durch eine bessere gewerkschaftliche Schulung wird auch eine bessere Beitragsleistung zu erzielen sein. Wir müssen in allen Tarifen wieder zur 48-Stunden-Wochenarbeitszeit kommen.

**S c h l ü t e r** (Hersford) spricht dem Verbands den Dank aus für das Material, welches er im Kampfe gegen das Tabaksteuerrecht ansarbeitete und zur Verfügung stellte. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning hat mit den anderen Arbeitervertretern der Regierungsparteien durch den Unfall in der Unterstützungsfrage Verrat an den Tabakarbeitern geübt. Schon jetzt zeigt sich, daß einzelne Gemeinden die Bedürftigkeit prüfen. Es bedarf der ganzen Furch der Organisation, um eine Verletzung der Interessen der Tabakarbeiter zu verhindern.

**A r m b r u s t** (Berlin) spricht sich für die Zusammenschließung zusammenliegender Zahlstellen aus. Um eine bessere Schulung der weiblichen Mitglieder möglich zu machen, ist es notwendig, daß dem „Tabak-Arbeiter“ eine besondere Frauenbeilage zugelegt wird. Die Frauen nehmen unter den Beschäftigten unserer Industrie einen immer größeren Prozentsatz ein und es muß deshalb nichts unversucht bleiben, sie zu brauchbaren Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen. Redner schildert dann den Fall Kühn und bittet, den Antrag Kühn auf Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung in die alten Rechte anzunehmen.

**E p e** (Frankfurt): Die Betriebsrätezeitung und die Frauenbeilage halte ich an sich für notwendig, dennoch muß damit gerechnet werden, daß viele Tabakarbeiter leider ihre Fachzeitung nicht mit dem nötigen Interesse lesen. Die Durchbildung der Mitglieder muß intensiver durchgeführt werden. Wir sollten im Zentralvorstand einen Kollegen anstellen, der ausschließlich die Aufgabe hat, die Bildungsbestrebungen im Verbands zu fördern. Lehrturfe sind zweckmäßig und werden auch der Organisation Nutzen bringen.

**D a h m s** (Medaun) erklärt, daß Schwierigkeiten technischer und grundsätzlicher Art gegen die Einführung einer Frauenbeilage und die Wiedereinführung der Betriebsrätezeitung nicht bestehen. Ebensowenig ist gegen das Ziel etwas einzuwenden, das mit diesen

Anträgen erreicht werden soll. Es fragt sich nur, ob durch diese Anträge das Ziel erreicht wird. Bei einer Frauenbeilage besteht die Gefahr, daß nur diese von den weiblichen Mitgliedern gelesen wird und der andere Teil der Verbandszeitung unbeachtet bleibt. Das für Betriebsräte maßgebende Material dient auch der Aufklärung der übrigen Mitglieder. Deshalb empfiehlt sich, die Betriebsrätefragen im allgemeinen Teil der Zeitung zu behandeln. Selbstverständlich soll und muß alles genau werden, um die weiblichen Mitglieder und Betriebsräte aufzuklären.

**Selpien (Hamburg):** Die vom Kollegen Krohn vorgetragene Zahlen über Beitragsleistung und Fluktuation im Verbandsverhältnis sind dringend wünschenswert, dem Vorstande höchste Beachtung zu schenken, der vom Vorstand gemacht worden ist und der dahin geht, kleinere Verwaltungsgebiete zu schaffen mit festangestellten Kollegen. Auch die Einrichtung von Lehrkursen ist dringend geboten. Die Kurzarbeiterunterstützung nach dem Tabaksteuergesetz muß gezahlt werden, wenn die Arbeitszeit um mehr als ein Sechstel gekürzt ist; eine Prüfung der Bedürftigkeit kann hierbei nicht in Frage kommen. Der Vorstand muß versuchen, in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister, zu erreichen, daß allen Kollegen und Kolleginnen — auch den Ausländern — die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird.

**Röppinger (Heidelberg):** Die Fluktuation ist in Süddeutschland besonders groß. Ich hätte es lieber gesehen, wenn wir die Erwerbslosenunterstützung nicht eingeführt hätten. Wenn es aber schon gegeben ist, dann muß aber auch den Mitgliedern der 25- $\frac{1}{2}$ -Klasse diese Unterstützung gewährt werden.

**Tiedermann (Vorstand)** geht auf den Ausschluß Kühns ein und legt ferner dar, daß der Vorstand schon des öfteren sich bemüht hat, auch den Ausländern, die doch Beiträge für die Erwerbslosenunterstützung leisten müssen, den Genuß dieser Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit zu verschaffen.

**Kiel jr. (Gießen)** schildert die Verhältnisse in der Tabakindustrie des Bezirks Gießen.

**Rössel (Heilbronn):** Für die Schaffung einer Verwaltungsstelle Heilbronn mit Einschluß der umliegenden Orte und Jahrestellen kann ich mich durchaus erklären. Die Organisation und die Mitglieder des Bezirkes werden davon Vorteil haben.

**Frau Stolz (Dresden)** spricht sich für die Schaffung einer Frauenbeilage aus. Wir müssen uns weit intensiver mit der Schulung der Kolleginnen befassen. Auch die Betriebsrätezeitung sollte wieder herausgegeben werden. Uns wäre es auch lieber gewesen, wenn die Erwerbslosenunterstützung nicht wieder eingeführt worden wäre, sondern wenn alle Gelder für den wirtschaftlichen Kampf hätten verwendet werden können. Die Fluktuation im Verbandsverhältnis hat ihre Ursache vielfach in dem außerordentlich großen Wechsel der Arbeiterkraft in der Industrie, besonders in der Zigarettenindustrie.

**Schler (München):** Wollen wir die Fluktuation im Verbandsverhältnis wirksam bekämpfen, müssen wir die Ursachen dieser Erscheinung eingehend prüfen. Einmal ist es die allgemeine Wirtschaftskrise, die sich nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa geltend macht. Ferner hat besonders in der Zigarettenindustrie die technische Entwicklung dazu geführt, daß in kurzer Zeit eine Massenproduktion erfolgen kann während dann wieder lange Zeit Arbeitslosigkeit eintritt. Wir müssen uns mit der Stabilisierung der Produktion, mit der Planwirtschaft im Gewerbe eingehend beschäftigen. Einen gut geschulten Verwaltungsapparat müssen wir uns schaffen und die Bildungsarbeit muß in kleineren Bezirken betrieben werden.

**Clement (Breslau):** Die Erwerbslosenfürsorgeämter in Schlesien lehnen die Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung ab, weil sie von der Regierung noch keine Anweisung hätten. Die vielen Betriebsstillegungen sind die Hauptschuld an der Fluktuation. An Verwaltungspersonal haben wir einen großen Mangel, deshalb begrüße ich den Vorschlag des Vorstandes bezüglich Schaffung von Verwaltungsbezirken.

**Husung (Vorstand):** Der Grundgedanke des Antrages Seiffenradersdorf ist durchaus richtig. Es muß verlangt werden, daß alle an hervorragender Stelle tätigen Kollegen bezüglich der Beitragsleistung ihre volle Pflicht erfüllen. Im übrigen verteidigt Redner den Ausschluß Kühns aus dem Verbandsverhältnis.

**Schreyer (Schöned):** Wir haben keine Ursache, diejenigen Kollegen, die fortgesetzt dem Verbandsverhältnis beitreten und wieder den Rücken kehren, allzu streng zu behandeln. Die völlige Beseitigung der 25- $\frac{1}{2}$ -Klasse wird mit Rücksicht auf jugendliche und ganz alte Mitarbeiter nicht möglich sein.

**Groß (Stuttgart):** Der Ausbau unseres Verwaltungsapparates muß uns sehr angelegen sein. Unsere Kollegen und Gewerkschaftsangehörigen lassen es sehr häufig daran fehlen, ihre Frauen und Töchter aufzuklären, sie der Gewerkschaft zuzuführen und zur tätigen Mitarbeit anzuregen.

**Baumhardt (Elbing):** Jahrzehntelange Arbeit hat auch im Osten Deutschlands einen guten Organisationsstamm geschaffen. Wir müssen unermüdet weiterbauen und dazu wird uns die Schaffung eines zweckmäßigen Verwaltungsapparates gute Dienste leisten.

**Domene (Dresden):** Die für Agitation aufgewandten Mittel sind immer gut angewendet und wir müssen auch zur Schulung der Verwaltungs Kollegen noch mehr tun als bisher.

**Leder (Leipzig):** Ich bezweifle, daß es Kommunisten geben soll, die die Arbeiter vom Beitritt zur Organisation abhalten, wie es der Kollege Talmon Groß behauptet hat. Die KPD verlangt sogar, daß alle Mitglieder sich gewerkschaftlich organisieren müssen. Den Ausschluß des Kollegen Kühn sollten wir rückgängig machen und ihm eine starke Rüge erteilen. Die Schaffung größerer Verwaltungsstellen ist dringend nötig. Von den Lehrkursen verspreche ich mir wenig Erfolg. Das Hauptaugenmerk muß auf die Agitation gelegt werden.

**Frau Wolf (Speyer):** Gegenüber dem Kollegen Becker stelle ich fest, daß uns die Kommunisten außerordentlich viel Schaden in der gewerkschaftlichen Arbeit zugefügt haben.

**Armbrust (Berlin):** Man soll doch nicht verallgemeinern und nun die Kommunisten für alles verantwortlich machen. Daß auch einzelne Kommunisten Fehler gemacht haben, kann ruhig zugegeben werden. Aber auch politisch andere eingestellte Kollegen haben Fehler gemacht. Deshalb soll man nicht eine Partei als solche dafür verantwortlich machen. Die Zahlstelle Berlin hat jedenfalls immer ihre volle Schuldigkeit getan.

**Deichmann (Vorstand)** bespricht in seinem Antwortwort zum Vorstandsbericht zunächst das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Kommunisten und wendet sich dann den genügend unterstützten Anträgen zu. Solange wir die Beiträge nicht nennenswert erhöhen, können die Kosten der Konferenzen nicht auf die Hauptkasse übernommen werden. Im übrigen sind auch die den Zahlstellen zu gewährenden Entschädigungen erhöht worden, um Kosten, wie sie durch Konferenzen usw. entstehen, aus den Lokalkassen begleichen zu können. Die Verbandsleitung ist sich darüber einig, daß, wenn stabilere Verhältnisse eintreten, ein Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll. Deshalb empfiehlt sich die Ueberweisung der darauf abzielenden Anträge an den Vorstand. Sobald neue Mitgliedsbücher gedruckt werden müssen, sollen auch die Kartensfelder numeriert werden. Bezüglich der geforderten Frauenbeilage und der Betriebsrätezeitung empfiehlt es sich, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Dahms zu handeln. Sobald eine passende Kraft gefunden ist, wird der Verbandsvorstand die Anstellung eines Bildungssekretärs vornehmen. Den Antrag Kühn bitte ich der Beschwerdekommision zu überweisen. Im übrigen sei gesagt, daß durch den erörterten Organisationsaufbau nicht nur die Agitation gefördert werden soll, sondern daß von ihm auch eine bessere Kontrolle der Durchführung der Tarifverträge erwartet werden kann.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wird die Uebernahme der Kosten der Konferenzen auf die Verbandskasse abgelehnt. Abgelehnt wird auch die Herausgabe einer Frauenbeilage und die Wiedereinführung der Betriebsrätezeitung. In der Bildungsfrage wird ein Antrag Eise, der die Freistellung eines Mitgliedes forderte, angenommen. Im übrigen wird im Sinne der Ausführungen des Kollegen Deichmann verfahren. Der Wiederaufnahmeantrag Kühn wird der Beschwerdekommision überwiesen. Der Antrag des Ausschusses, dem Gesamtverband Entlastung zu erteilen, wird vom Verbandstag einstimmig angenommen.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet sodann

**Roch (Steinbach-Hallenberg).** Anwesend sind 67 Delegierte, darunter 40 Zigarrenarbeiter, 6 Sortierer, 6 Zigarettenarbeiter, 5 Raufarbeiter und 10 Ortsangehörige. Außerdem nehmen mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Verbandstages 7 Vorstandsmitglieder, 11 Gauleiter, 5 Beiratsmitglieder und der Redakteur des Verbandsorgans teil. 22 Teilnehmer des Verbandstages sind mehr als 25 Jahre Mitglied des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Weiblichen Geschlechts sind 6 Verbandstagsteilnehmer.

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission werden alle Mandate für gültig erklärt.

Kunmehr werden die Verhandlungen auf den 15. September verlagert, wo in nichtöffentlicher Sitzung über die Lohn-, Tarif- und Monopolfragen verhandelt werden soll.

## 15. September.

### Die nichtöffentliche Sitzung, die sich mit den Lohn-, Tarif- und Monopolfragen

beschäftigt, nimmt den ganzen Tag in Anspruch. Alle Anträge, die sich auf diese Fragen beziehen, gelten als genügend unterstützt. Die sehr sachliche und umfangreiche Aussprache endet damit, daß alle Anträge, die eine Aenderung bzw. Ergänzung der vorhandenen Lohn- und Tarifbestimmungen bezwecken und die sich auf die Taktik bei Lohnbewegungen beziehen, dem Vorstand und Beirat einstimmig als Material überwiesen werden. Ebenso einstimmig stellt sich der Verbandstag auf den Boden der zentralen Tarifvertragspolitik. Gegen eine Stimme wird ein Mißbilligungsantrag Wittweida wegen des letzten Tarifabschlusses für die Sortierer und Rippenmacher abgelehnt. Zur Monopolfrage in der Tabakindustrie wird nachstehende Entschliebung Dahms einstimmig angenommen:

Der 19. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes ist der Auffassung, daß sich die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Richtung der Gemeinwirtschaft unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen wird, und daß diese Umwandlung planmäßig betrieben werden muß. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft der Tabakindustrie wird deshalb auch jede Maßnahme unterstützen und fördern, die geeignet ist, die jetzige kapitalistische Wirtschaftsanarchie in der Tabakindustrie durch eine planmäßige Wirtschaft zu ersetzen.

## 17. September (Vormittagsitzung).

Da der Genosse Körpel noch nicht eingetroffen ist, wird der Bericht vom Gewerkschaftskongress

vornweggenommen. Berichterstatter ist

**Clement (Breslau):** Der letzte Gewerkschaftskongress hat seine Arbeiten in vorkriegszeitlicher Einigkeit und Geschlossenheit in fünf Tagen zu Ende geführt. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten wurden in sachlicher Weise ausgetragen. In dem vom Genossen Leipart gegebenen mündlichen Bericht des Bundesvorstandes sowie in der sich anschließenden Aussprache wurden alle Fragen eingehend behandelt, die für die Arbeiterkraft von Bedeutung sind. Insbesondere waren es die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit, die eine tiefgehende Er-

Erklärung auslösten. Das Referat des Genossen Müller über die Sozialgesetzgebung in Deutschland und die Referate des Professors Dr. Hermsberg und des Genossen Jadel über die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftsdemokratie waren ziel- und richtunggebend. Die gegebenen Anregungen werden der künftigen Tätigkeit der Gewerkschaften manchen guten Dienst erweisen. Bei der Besprechung dieser Referate spricht sich der Berichterstatter für paritätisch zusammengesetzte Kammern aus. Zur Organisationsfrage möchte ich sagen: Seit langer Zeit wird in Deutschland die Frage der Organisationsform erörtert, ohne daß es zu der nötigen Klärung gekommen wäre. Es mußte ein Kompromiß abgeschlossen werden, um eine möglichst einmütige Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses herbeizuführen. Soweit die Tabakarbeiter in Frage kommen, wird ihnen der Zusammenschluß mit den Bäckern, Brauern, Fleischern usw. gar nichts nützen, wenn sie in großen Massen der Organisation fernbleiben. Wir müssen uns auf unsere eigene Kraft verlassen und unsere Organisation so stärken, daß sie allen künftigen Anforderungen gewachsen ist. Daß die Voraussetzungen für den Zusammenschluß mit den genannten Verbänden nicht vorhanden sind, beweist wohl am besten der Organisationsplan Dismanns, nach dem der Deutsche Tabakarbeiter-Verband eine selbständige Industrieorganisation bleiben soll. Nebenbei beweist die bisherige Stellungnahme der Maschinenführer in der Zigarettenindustrie, daß es auch im Deutschen Metallarbeiter-Verband Mitglieder gibt, die Gegner des Gedankens der Industrieorganisationen sind. Redner bespricht dann noch die anderen Beschlüsse und Entschlüsse des Gewerkschaftskongresses und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeiten des Gewerkschaftskongresses der Arbeiterschaft zum Segen gereichen mögen.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegen zwei Anträge vor. Der Antrag Neudamm, Freital, Deuben, der den Deutschen Tabakarbeiter-Verband mit den übrigen Organisationen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu einem Verbände verbinden will, findet nicht die genügende Unterstützung. Genügend unterstützt wird ein Antrag Deichmann, der die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses billigt. In der Aussprache über den gegebenen Bericht erhält das Wort

B e d e r (Leipzig), der hofft, daß der Gedanke der Industrieorganisation auf dem nächsten Verbandstag mehr gewürdigt wird, da die Verhältnisse in der Tabakindustrie den Zusammenschluß mit den anderen Organisationen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie bedingen. Der Kampfeswille der Massen ist durch die Führer der Gewerkschaften sabotiert worden. Deshalb ist das Vertrauen der Massen zu den Führern nicht mehr vorhanden. Wenn es so weiter geht, werden wir den Achtstundentag niemals wieder erreichen. Ueber den Achtstundentag hat nicht das deutsche Volk, sondern die Arbeiterschaft zu entscheiden. Wir müssen für den Achtstundentag kämpfen. Wenn es zum Zusammenschluß mit den russischen Gewerkschaften kommt, dann wird die Arbeiterschaft kämpfen müssen und das soll verhindert werden. Von unten herauf wird die Arbeiterschaft die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erzwingen.

H u s u n g (Vorstand): Beder hat nicht gesagt, wie er sich die Industrierverbände denkt. Ueber den Aufbau der Industrierverbände gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Was einzelne unter dem Begriff Industrieorganisation verstehen, ist nichts anderes als eine Betriebsorganisation. Einmütigkeit herrscht aber bei allen darüber, daß für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter der Deutsche Tabakarbeiter-Verband als Industrieorganisation in Frage kommt. Auf dem flachen Lande, wo unsere Zahlstellen sind, kommen Bäcker, Schlächter usw., die uns unterstützen könnten, wenig oder gar nicht in Betracht, und wo sie sind, handelt es sich nicht um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, sondern um Meister, Lehrlinge und solche, die Meister werden wollen. Stärken wir unsere eigene Organisation und den ADGB und wir werden der Tabakarbeiter die besten Dienste erweisen. Bei dem Kampf um den Achtstundentag hat der Bundesvorstand nicht versagt, im Gegenteil, seinem Wirken ist es in erster Linie zu verdanken, daß das jetzt Vorhandene gehalten worden ist. Wenn der Achtstundentag nicht in allen Fällen aufrechterhalten werden konnte, so lag das an den wirtschaftlichen Machtverhältnissen, die selbst dem Kollegen Beder zwangen, einer Verschlechterung der Arbeitszeitbestimmungen in der Zigarettenindustrie zuzustimmen.

Frau W o l f (Speyer) gibt eine Schilderung der Verhältnisse in der Badischen Soda- und Anilinfabrik in Ludwigshafen. Wäre der indifferenten Arbeiterschaft der Achtstundentag im Jahre 1918 nicht zugesagt in den Schoß gefallen, lägen die Verhältnisse heute wesentlich anders.

N ö r p e l (Berlin) begrüßt den Verbandstag im Namen des ADGB. Der Vorstand des ADGB ist der Auffassung, daß in der Organisationsfrage nicht der Zwang, sondern die Verständigung maßgebend sein muß. Der normalen Entwicklung der Gewerkschaften ist der Weg geebnet durch die Aenderung des Organisationsstatuts. An der Stelle der Berufsorganisation steht jetzt die Industrieorganisation. In Deutschland sind die gewerkschaftlichen Organisationen viel einheitlicher als in England. Dort gibt es noch eine große Menge selbständiger Bezirks- und Ortsorganisationen desselben Berufs. Mit einer Sympathie für den Kommunismus hat die russenfreundliche Stellungnahme der englischen Gewerkschaften gar nichts zu tun. Sie entspringt einzig und allein dem Grunde, den russischen Markt für England zu erobern, um so die Arbeitslosigkeit eindämmen zu können. Nach einer eingehenden Schilderung der Verhältnisse der russischen Arbeiter gibt Redner der Erwartung Ausdruck, daß die Organisation der Tabakarbeiter sich auf dem Boden der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses stellt.

D e i c h m a n n (Vorstand): Das Ergebnis der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress in unserem Verbände beweist, daß die soge-

nannten Bonzen das volle Vertrauen der Mitglieder haben. Es gibt wohl keine Industrieorganisation, deren Zuständigkeitsgebiet so genau abgegrenzt ist wie das des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. So erklärt es sich, daß Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen fast gar nicht vorgekommen sind, und wo sie vorkamen, ohne große Schwierigkeiten zur beiderseitigen Zufriedenheit beseitigt werden konnten. Mit den anderen Verbänden der Nahrungs- und Genussmittelindustrie haben wir keine Berührungspunkte, die einen engeren organisatorischen Zusammenschluß mit ihnen bedingen. Schon seit einer Reihe von Jahren wird versucht, die Maschinenführer unserer Organisation anzuschließen. Bis jetzt ist das an dem Widerstand der Maschinenführer und dem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gescheitert. Bei der ganzen Auseinandersetzung über die Organisationsform muß beachtet werden, daß es nicht darauf ankommt, irgendein willkürliches Gebäude zu konstruieren, sondern die Macht und den Einfluß der Arbeiterschaft zu stärken. Deshalb sollten wir uns mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden erklären.

C l e m e n t (Breslau) wendet sich in einem kurzen Schlußwort gegen die Ausführungen des Kollegen Beder, dabei auf das arbeiterschädigende Verhalten der Kommunisten bei einzelnen wirtschaftlichen Kämpfen und sonstigen Kämpfen der Arbeiterschaft hinweisend, und empfiehlt die Annahme des Antrages Deichmann.

Hierauf wird der Antrag Deichmann mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Vom Vorsitzenden wird sodann bekanntgegeben, daß die Kollegen Niendorf, Eberle, Stod und Hadelberg den Arbeiten des Verbandstages einen vollen Erfolg wünschen.

### Arbeitsrecht und Betriebsrätetätigkeit

lautete das Thema, über das sodann Genosse

N ö r p e l (Berlin), einen lehrreichen Vortrag hielt. Das deutsche Arbeitsrecht hat sich in jahrzehntelanger Entwicklung außerordentlich vielseitig gestaltet. An die Stelle des Individualismus ist der Kollektivismus getreten. Die freien Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß wir als Bürger des Staates bestrebt sein müssen, die Sozial- und Arbeitsgesetze weiter auszubauen. Mit der Beendigung des Weltkrieges haben wir die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften errungen. Artikel 159 der Reichsverfassung gibt allen Arbeitern und Angestellten das Recht, sich mit ihren Klassengenossen zu vereinigen, während im Artikel 165 die Organisationen ausdrücklich anerkannt sind. Wir besitzen somit das unbeschränkte Vereinigungs-, Versammlungs- und Streikrecht. Der Staat erkennt die Klasse an. Diese Errungenschaften sind das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der Gewerkschaften. Leider haben viele Arbeiter und Angestellte diese Dinge noch nicht begriffen. Es fehlt ihnen die Erkenntnis, daß sie selbst durch ihre Interesslosigkeit es verschuldet haben und immer noch verhindern, daß größere und bessere Erfolge auch auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung erreicht werden können. Von mehr als 21 Millionen Arbeitern und Angestellten, die in den Krankenkassen versichert sind, gehören erst 7 Millionen den gewerkschaftlichen Organisationen und davon wiederum nur 4,5 Millionen den freien Gewerkschaften an. Die Arbeitszeitverordnung ist ein Musterbeispiel dafür, daß alles auf die Macht der Gewerkschaften ankommt. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit haben wir heute ein Tarifvertragsrecht, daß den Arbeitern die Unabhängigkeit der tarifvertraglichen Abmachungen sichert. Der Tarifvertrag wird durch das Gesetz geschützt. Die Gewerkschaften können jederzeit die Durchbrechung der vertraglichen Abmachungen durch gerichtliche Klagen verhindern; ja sie müssen im Interesse der Arbeiter alles aufbieten, um die Unabhängigkeit der Tarife zu erhalten. Allerdings erfordern Rechte auch Pflichten. Die Gewerkschaften sind ebenfalls gehalten, abgeschlossene Tarifverträge durchzuführen und innezuhalten. Gute Tarifverträge können aber nur von starken und leistungsfähigen Gewerkschaften durchgeführt werden. Den zwangsweisen Abschluß von Tarifen durch staatliche Schlichtungsstellen usw. lehnen wir ab.

Der Betriebsrätetätigkeit wird nicht das genügende Interesse entgegengebracht. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten lassen erkennen, daß in vielen Kleinbetrieben keine Betriebsvertretungen vorhanden sind. Die Gewerkschaften müssen überall für die Schaffung solcher eintreten. Redner erörtert sodann weiter den Entlassungsschutz und andere Fragen aus der Praxis der Betriebsvertretungen, ferner beleuchtet er die Bestrebungen der Unternehmer, betriebliche Vereinbarungen (Werkvereinbarungen) den Tarifverträgen gleichzustellen. Sodann ging er auf den Gesetzentwurf zur Schaffung neuer Arbeitsgerichte näher ein. Mit der dringenden Mahnung: „Arbeiter schafft starke Gewerkschaften, dann habt ihr ein gutes Arbeitsrecht“, schloß Genosse Nörpel seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Vor Eintritt in die Mittagspause wird dann noch Punkt 7 der Tagesordnung

### Sonstige Anträge

erledigt. Die von Leipzig gestellten Anträge, die den Anschluß an die Internationale Arbeiterhilfe, die Vollamnestie und die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland fordern, finden nicht die genügende Unterstützung des Verbandstages. Zur Vermeidung von Mißverständnissen weist jedoch der Vorsitzende Deichmann darauf hin, daß die Mitglieder des Verbandstages auf dem Boden der Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages stehen und die Amnestie nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle anderen Länder fordern. Der von der Zahlstelle Berlin gestellte Antrag auf Sicherlegung des Verbandsvorstandes findet nicht die nötige Unterstützung.

Hierauf wird in die Mittagspause einetreten.

## 17. September (Nachmittagsitzung).

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende Meyer (Nordhausen) Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Franz Apel, der ein Alter von 77 Jahren erreicht und stets im Interesse der Arbeiterbewegung gewirkt hat. Die Teilnehmer des Verbandstages erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Zum

Bericht vom Internationalen Tabakarbeiter-Kongress erhält das Wort

Gerloff (Dresden): Gegenwärtig umfaßt die Internationale Tabakarbeiterorganisation 120 833 Mitglieder. Die russische Tabakarbeiterorganisation hat sich mit einem Schreiben im Mai 1923 an das Internationale Tabakarbeitersekretariat gewandt, und hat um Zusage der Statuten und Adressen der angeschlossenen Verbände ersucht, unter der Angabe, daß die russische Tabakarbeiterorganisation dem internationalen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband angeschlossen sei. Es wurde festgestellt, daß diese Angaben nicht richtig waren. Die russische Tabakarbeiterorganisation gehörte der Moskauer Richtung an. Wenn eine Organisation unter falschen Angaben versucht, sich Material zu verschaffen, so ist es doch verständlich, daß ein solches Ansinnen abgelehnt wird. Ein formeller Antrag der russischen Tabakarbeiterorganisation auf Eintritt in die Internationale Tabakarbeiterorganisation lag nicht vor, der Kongress lehnte es deshalb ab, über diese Fragen zu diskutieren, er legte aber in einer Entschließung fest, daß der Internationale Tabakarbeiterorganisation nur solche Verbände angeschlossen werden können, die der gewerkschaftlichen Internationale, Richtung Amsterdam, angeschlossen sind. Aus allen Ländern wurde berichtet, daß die Unternehmer versuchen, die Arbeiter in die Defensiv zu drängen. Aussperrungen fanden statt. Die Internationale wurde mehrere Male um Beihilfe angerufen. Auch unsere Organisation mußte in der Inflationsperiode die Beihilfe der Internationale anrufen. Die Beihilfe wurde auch von den angeschlossenen Organisationen gewährt, dadurch war es möglich, die Organisation über Wasser zu halten. Die mündlichen Berichte der angeschlossenen Verbände nehmen durch die Ueberlieferungen zuviel Zeit in Anspruch, darum sollen diese Berichte in Zukunft schriftlich eingereicht werden.

Dann mußte der Kongress sich mit den Vorschlägen zur Gründung eines internationalen Streikfonds beschäftigen. Die Behauptung, die deutsche Delegation habe die Gründung eines internationalen Streikfonds verhindert, stimmt nicht. Die dänischen Kollegen wollten einen zwingenden Beschluß herbeiführen, die angeschlossenen Länder sollten einen festen Beitrag leisten, die Belgier wollten, daß neben den laufenden Beiträgen zur internationalen Organisation ein Extrabeitrag zum Streikfonds geleistet werden sollte. Unterstützung aus diesem Fonds sollten gewährt werden, wenn 25 Prozent der Mitglieder eines der angeschlossenen Verbände von einem Streik oder Aussperrung betroffen würden. Wenn eine solche feste Bindung erfolgte, dann hätte das aber logischerweise zur Folge, daß der Internationale bei Streiks und Aussperrungen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß. Davon wollten aber die betreffenden Verbände nichts wissen. Dann ist aber auch zu beachten, daß wir die stärkste Organisation in der Internationale sind, über die Hälfte aller Mitglieder der Internationale ist im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert. Wir haben aber in der Internationale kein unserer Stärke entsprechendes Stimmrecht. Darauf haben wir verzichtet, um nicht die kleinen Organisationen zu majorisieren. Die ganze Frage ist zur Entscheidung noch nicht reif, darum konnte gar nicht anders gehandelt werden, als alle hierauf sich beziehenden Anträge dem neugewählten internationalen Exekutivkomitee zu überweisen. Dieses Komitee wird aus fünf Personen bestehen. Das Komitee hat sich gleich konstituiert und Kollegen Reichmann zum Vorsitzenden bestimmt. Amerika, Spanien und Italien sind der Internationale noch nicht angeschlossen, hoffentlich treten diese Länder in Kürze der Internationale bei; dadurch würde sicher die Schlagfertigkeit der internationalen Tabakarbeiterbewegung verstärkt werden.

Jensen (Dänemark) verbreitet sich über die Stellungnahme der skandinavischen Tabakarbeiter zur Schaffung einer internationalen Streikkasse.

Bedder (Leipzig) wünscht Förderung und Unterstützung der internationalen Streikkasse durch den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Ebenso muß alles getan werden, um Rußland und Bulgarien zum Anschluß an die Internationale der Tabakarbeiter zu gewinnen.

Reichmann (Vorstand): Im Internationalen Tabakarbeiter-Bund können nur solche Tabakarbeiterorganisationen aufgenommen werden, die einer Landesorganisation angeschlossen sind, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angehört. Der Gründung einer internationalen Streikkasse stehen ungeheure Schwierigkeiten gegenüber. Jede Streikkasse, ganz gleich ob national oder international, bedingt bei wirtschaftlichen Kämpfen eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der angeschlossenen Organisation. Jetzt wird sich das Internationale Exekutivkomitee der Tabakarbeiter mit der ganzen Frage zu beschäftigen haben. Bei der Gründung einer internationalen Streikkasse muß, soweit die Tabakarbeiter in Betracht kommen, auch beachtet werden, daß die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Organisationen sehr unterschiedlich sind und daß es sich nicht nur um Länder mit Privatindustrie, sondern auch um Länder mit Monopolverhalten handelt. Daß bei großen wirtschaftlichen Kämpfen Solidarität geübt werden muß, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Wir sind aber vor Ueberorganisation. Der Schluß meiner Ausführungen bezieht sich auf den Verbandstag, der sich mit den Beschlüssen des Internationalen Tabakarbeiter-Kongresses einverstanden erklärt.

Jensen (Dänemark) schildert die Handhabung der Streikkasse in Skandinavien. Die Solidarität der deutschen Tabakarbeiter ist niemals angezweifelt worden. Wir haben von jeder Welt auf eine gut gefüllte Kasse gelegt und entsprechende Beiträge gezahlt. Das ist auf die Unternehmer nicht ohne Einfluß geblieben.

Gerloff (Dresden) trägt in seinem Schlusswort dem gegebenen Bericht noch nach, daß die Beiträge festgesetzt worden sind für die ersten 25 000 Mitglieder einer Organisation auf 6 Cents und für die übrigen Mitglieder auf 4 Cents. Nach der Erläuterung des Kollegen Jensen besteht die Möglichkeit, daß wir in absehbarer Zeit im Sinne der skandinavischen Einrichtung zu einer internationalen Streikkasse kommen werden.

Der Antrag Reichmann, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Tabakarbeiter-Kongresses einverstanden zu erklären, wird einstimmig angenommen.

Roch (Steinbach-Hallenberg) erstattet dann den Bericht der Beschwerdekommision, der der Wiederaufnahmeantrag Kühns überwiegen war. Nach Prüfung des ganzen Vorganges ist die Beschwerdekommision dazu gekommen, den Wiederaufnahmeantrag Kühns abzulehnen.

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich Fuchs (Hamburg), Reichmann (Vorsitzender) und Armbrust (Berlin) beteiligten, wird die Wiederaufnahme Kühns abgelehnt.

## 18. September (Vormittagsitzung).

Den Bericht der Statutenberatungskommision erstattet Selpien (Hamburg): Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die bisherigen Beiträge und Unterstützungsätze zu belassen wie sie sind. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß alle Mitglieder der für sie in Betracht kommenden Beitragsklasse beitragen. Um aber zu verhindern, daß der Beitrag von 25 Pf. auch von solchen Mitgliedern gezahlt wird, die einen höheren Verdienst haben, soll gesagt werden, daß Mitglieder, die nachweislich regelmäßig unter 8 M die Woche verdienen, einen Beitrag von 25 Pfennig die Woche zahlen können. Weiter soll festgelegt werden, daß alle Zahlstellen obligatorische Lokalbeiträge erheben müssen, die wöchentlich 5 Pfennig nicht unterschreiten dürfen. Im Höchstfalle soll der Lokalbeitrag 25 Prozent des jeweiligen Verbandsbeitrages nicht übersteigen. Es muß dabei bleiben, daß wiederholt Eintretende ein höheres Eintrittsgeld zahlen. Ueber die den Mitgliedern der Hand- und Kopiarbeiterunion bei ihrem Eintritt in den Verband zu gewährenden Vergünstigungen soll in jedem Einzelfall der Vorstand entscheiden. Abgelehnt werden muß aber, daß die wegen Beitragsrückstand ausgeschiedenen Mitglieder ohne Eintrittsgeld, unter Anrechnung der früher gezahlten Beiträge, aufgenommen werden sollen. Bei Rechtschikanen soll im Sinne des Antrages Berlin verfahren werden. Aus ethischen Gründen empfiehlt die Kommission, keine Streit- und Aussperrunterstützung zu zahlen, wenn der Streit oder die Aussperrung innerhalb 3 Tagen ihre Erledigung finden. Die Kinderunterstützung bei Streit usw. soll von 75 Pfennige auf 1 M erhöht werden. Nicht befreunden konnte sich die Kommission mit dem Antrag Schönlanke bezüglich Anerkennung einer Maßregelung durch die Ortsverwaltung.

Für die Gauleiter ist eine Amtsdauer von einem Verbandstag zum andern festgelegt worden. Nach Prüfung aller Verhältnisse hat sich die Kommission dahin entschieden, den Verbandstag alle drei Jahre stattfinden zu lassen. Weiter hat sich die Kommission dahin entschieden, den Beirat beizubehalten. Beiratsmitglieder, die in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen ohne genügende Entschuldigung fehlen, sollen ihre Mitgliedschaft im Beirat verlieren. Für jedes Beiratsmitglied sind zwei Stellvertreter zu wählen. Damit erübrigen sich auch die Anträge, die die Wahl der Beiratsmitglieder gauweise und auf Gaukonferenzen vornehmen wollen. Die Bestimmung, daß von den Beiratsmitgliedern der Zigarrenindustrie zwei Sortierer bzw. Kistenmacher sein müssen, ist zu streichen. Abgelehnt werden muß jede Aenderung des Streikreglements im Sinne des Antrages Berlin. In Zukunft soll auf 750 bis 1000 zahlende Mitglieder ein Delegierter entfallen. Soweit die Vorschläge der Kommission. Die Kommission ist der Auffassung, daß mit der Zustimmung zu diesen Vorschlägen den Tabakarbeitern am besten gedient wird.

Kunmehr wird in die Spezialberatung eingetreten. Zu den meisten Vorschlägen der Kommission wird das Wort nicht gewünscht. Eine kurze Debatte entspinnt sich nur über die Wahl der Gauleiter und über die Beiratsmitglieder, die in einen anderen Beruf übertreten. Darauf werden die Anträge der Kommission — in den meisten Fällen einstimmig — angenommen. Ebenso findet die von der Statutenberatungskommision vorgeschlagene Diätenregelung einstimmige Annahme. Außerdem hat sich die Statutenberatungskommision auch mit der Gehaltsfrage der Verbandsangestellten beschäftigt, wobei die Mitglieder der Kommission, die angestellt, durch Mitglieder im Arbeitsverhältnis ersetzt worden sind. Einstimmig ist die Kommission zu einem Aufbau der Gehaltsätze gekommen, der sich im wesentlichen den bisherigen anpaßt und sich auf die in der Tabakindustrie tariflich festgesetzten Löhne stützt. Dieser Vorschlag wird vom Verbandstag nach einer kurzen Aussprache einstimmig angenommen. Ebenso wird der Beitritt zur Unterstützungsvereinigung nachträglich genehmigt. Ein Antrag Köln zur Beiratswahl wird zurückgezogen.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Kollegen u. Kolleginnen  
werbt unermüdetlich für den Verband!